



Vor dem EU-China-Gipfel: Kritische Analyse der China-Strategie der EU

Ein Schachspiel. Der Spieler auf der einen Seite ist hochkonzentriert und im vollen Bewusstsein seiner Möglichkeiten, ihm gegenüber streiten 27 Spieler lautstark über den nächsten Zug. Mit diesem Bild beschreibt ein neuer, umfangreicher Bericht des „European Council on Foreign Relations“ (ECFR) die Beziehungen zwischen der EU und China. Rechtzeitig zum bevorstehenden EU-China-Gipfel analysiert die paneuropäische Forschungsgruppe den Stand dieser Beziehungen und formuliert konkrete Empfehlungen, wie die EU ihre Ziele in Zukunft besser erreichen könnte.

Die Analyse der europäischen Strategie gegenüber China fällt wenig schmeichelhaft aus: Obwohl China inzwischen als Global Player agiert, handeln die Europäer immer noch, als hätten sie es mit einem Schwellenland zu tun. Praktisch alle politischen

Entscheidungen Chinas haben einen Einfluss auf die EU-Staaten, ob es um den Klimawandel, das Weltfinanzsystem oder die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen geht. China nimmt immer größeren Einfluss im Nachbarkontinent Afrika und steht in direkter Konkurrenz mit Europa, wenn es um knapper werdende Rohstoffe geht. Dennoch hängen die Europäer dem „anachronistischen Glauben“ an, China würde sich durch ihr Engagement demokratisieren, seine Wirtschaft liberalisieren und ein rechtsstaatliches System aufbauen. Tatsächlich, so die Studie, nutzt China die Uneinigkeit innerhalb der Europäischen Union geschickt aus und behandelt die Staatengemeinschaft mit einer Art „diplomatischer Verachtung“. Deutlich wurde dies beispielsweise im vergangenen Dezember, als China kurzfristig den geplanten Gipfel mit der EU in Lyon platzen ließ, weil Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sich mit dem Dalai Lama getroffen hatte.

Die beiden Autoren der ECFR-Studie, John Fox und Francois Godement, beschreiben den bestehenden Politikansatz als „unconditional engagement“. Die chinesische Seite komme so in den Genuss aller wirtschaftlicher und sonstiger Vorteile der Kooperation ohne etwas dafür geben zu müssen. Die einzelnen europäischen Staaten setzten in ihrer jeweiligen China-Politik unterschiedliche Schwerpunkte und unterstützten sich in Konflikten mit China nur selten. Dies müsse sich ändern, insbesondere müssten die Europäer lernen, mit einer Stimme zu sprechen.

Für den Bereich der Menschenrechte empfiehlt die Studie der EU, sich auf wenige Forderungen zu konzentrieren, diese jedoch mit Nachdruck zu verfolgen. Gefordert werden solle die Beschränkung der Anwendung der Todesstrafe, ein Ende von Inhaftierungen ohne gerichtliche Überprüfung, der Schutz der freien Religionsausübung sowie stärkere Bemühungen Pekings in Richtung einer Versöhnungspolitik in Tibet. Der bisherige Menschenrechtsdialog mit China habe so gut wie nichts gebracht. Statt auf stille Diplomatie zu setzen solle die EU chinesische Menschenrechtsverletzungen öffentlich kritisieren, die Forscher betonen, dass sich

The „EU policy towards China (...) gives China access to all the economic and other benefits of the cooperation while asking for little in return.“

China davon durchaus beeindruckt lasse. Weiterhin empfiehlt die Studie den EU-Mitgliedsstaaten größere Solidarität

untereinander, wenn China versuche, einzelne Staaten unter Druck zu setzen. Insbesondere wenn es darum geht, ob sich europäische Politiker mit dem Dalai Lama treffen wollen, müssten alle EU-Länder eng zusammenstehen und sich etwaige Einschüchterungsversuche Pekings energisch verbitten. So missbilligen die Forscher ausdrücklich das Ausbleiben einer klaren wechselseitigen Unterstützung durch die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, als es um Treffen mit dem Dalai Lama ging. ■

Weiterführende Links:

- Der englischsprachige Bericht trägt den Titel „Power Audit of EU-China relations“ und kann unter folgender Adresse kostenlos heruntergeladen werden: http://ecfr.3cdn.net/532cd91d0b5c9699ad_ozm6b9bz4.pdf.
- Den Bericht zusammengefasst und kommentiert hat der britische „Economist“ hier: http://www.economist.com/displayStory.cfm?story_id=13496093.

INTERNATIONAL
**CAMPAIGN
FOR TIBET**
Deutschland e.V.

ICT Deutschland

Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49[0]30 2787 9086

Fax: +49[0]30 2787 9087

info@savetibet.de

www.savetibet.de

02/09

IN DIESER AUSGABE

SEITE 1	Vor dem EU-China-Gipfel: Kritische Analyse der China-Strategie der EU
SEITE 2	Hartes Vorgehen: Weitere Todesurteile in Tibet
SEITE 3	Verpflichtet zur Feier der eigenen Unterdrückung?
SEITE 4	Die PR-Offensive der chinesischen Regierung



Harte Reaktion: Todesstrafen gegen Tibeter - Weiter Verletzung der Religionsfreiheit in China

Todesstrafen gegen Tibeter nach Protesten im März 2008

Insgesamt fünf Tibeter sind im April vom Mittleren Volksgericht in Lhasa zum Tode verurteilt worden. In allen Fällen lautete die Anklage auf Brandstiftung mit Todesfolge. Die Angeklagten hätten Geschäfte von Han-Chinesen in Brand gesetzt und dadurch den Tod mehrerer Menschen verursacht. Es handelt sich dabei um die ersten Todesurteile im Zusammenhang mit den Unruhen in Lhasa vom März 2008.

ICT befürchtet, dass den Angeklagten fundamentale Rechte vorenthalten worden sind, insbesondere solche, die sich aus den UN-Garantien für faire Gerichtsverfahren in Fällen von drohender Todesstrafe ergeben. Dies betrifft sowohl den Anspruch auf einen Rechtsbeistand der eigenen Wahl als auch die Möglichkeit der angemessenen Verteidigung vor Gericht und der Einlegung von Rechtsmitteln.

ICT kritisiert grundsätzlich die Atmosphäre von Geheimhaltung, unter der Prozesse wie die hier genannten stattfinden. Generell muss in derartigen Fällen Folter und Einschüchterung der Angeklagten befürchtet werden. Die Gerichte stehen unter hohem Druck, ihre Urteile entsprechend den Erwartungen der politischen Führung zu fällen. Prozesse und Festnahmen in Tibet - und China insgesamt - sind gekennzeichnet von systematischer politischer Einflussnahme auf gerichtliche und polizeiliche Verfahren, so dass von einer unabhängigen Justiz nicht ausgegangen werden kann. Die International Campaign for Tibet fordert, dass in jedem Fall von der Anwendung der Todesstrafe abgesehen wird sowie neue Verfahren, die den international anerkannten Mindeststandards für faire Gerichtsverfahren entsprechen. ICT ist in großer Sorge, dass infolge dieser Urteile weitere Tibeter mit der Todesstrafe rechnen müssen.

Bereits nach den ersten bekannt gewordenen Todesurteilen haben sich prominente Menschenrechtler wie Vaclav Havel, Erzbischof Desmond Tutu und der französische Philosoph André Glucksmann mit einem Appell an die chinesischen Behörden gewandt. ■

ICT hat zu Appellbriefen an die chinesischen Behörden aufgerufen, online einzusehen unter: www.savetibet.de/kampagnen/online-petition-todesurteile/.

US-Kommission: Lage der Religionsfreiheit in China „Besorgnis erregend“, besonders kritisch in Tibet

Die U.S. Kommission für Internationale Religionsfreiheit hat am 1. Mai ihren Jahresbericht veröffentlicht, in dem erneut die Volksrepublik China massiver Verletzungen des Menschenrechts auf freie Religionsausübung beschuldigt wird. Deshalb empfiehlt die Kommission dem US-Präsidenten, das Land ein weiteres Mal in die Liste der 13 Staaten aufzunehmen, in denen sich die Lage der Religionsfreiheit besonders Besorgnis erregend darstellt. In dem 274-seitigen Bericht heißt es, die Situation in China habe sich im vergangenen Jahr erneut verschlechtert, ganz besonders stark in Tibet. Der chinesischen Regierung wird in ungewöhnlich deutlicher Sprache ihre Behandlung der tibetischen Mönche und Nonnen aber auch der einfachen Gläubigen vorgeworfen. Die Unterdrückung religiöser Aktivitäten in den tibetischen Siedlungsgebieten sei die wichtigste Ursache für die Proteste des vergangenen Jahres gewesen, so der Bericht.

Mary Beth Markey von der International Campaign for Tibet hat den Bericht begrüßt. „Der Schlüssel zu Stabilität in Tibet liegt im Verständnis der buddhistischen tibetischen Identität und der tiefempfundenen Verehrung des tibetischen Volkes für den Dalai Lama.“ Der Bericht empfiehlt der US-Regierung unter anderem die Ernennung eines Tibet-Koordinators im Außenministerium, um Peking zu bewegen, die Politik der Kriminalisierung friedlichen Protests in Tibet zu beenden.

Die U.S. Kommission für Internationale Religionsfreiheit ist eine seit 1998 existierende amerikanische Bundesbehörde. Finanziert aus Steuermitteln soll sie weltweit die Lage des Rechts auf freie Ausübung der Religion beobachten und unabhängige Empfehlungen an die Exekutive und den Kongress formulieren.

- Der Report kann unter der folgenden Adresse kostenlos von der Homepage des USCIRF heruntergeladen werden (<http://www.uscirf.gov>).
- Eine Zusammenfassung des Berichts finden Sie hier: <http://www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/us-commission-condemns-religious-repression-tibet>.



Verpflichtet zur Feier der eigenen Unterdrückung? Chinas Umdeutung der Geschichte Tibets

Was gibt es für die Tibeter eigentlich zu feiern am Tag ihrer „Befreiung von der Leibeigenschaft“?

Mit großem Pomp wurde am 28. März in Lhasa erstmalig ein neuer Feiertag begangen: Der „Tag der Befreiung der Tibeter von der Leibeigenschaft“. Frei nach dem Motto des Wahrheitsministeriums in George Orwells 1984, „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft; wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit.“ macht die Regierung in Peking deutlich, dass sie auch im Hinblick auf die tibetische Geschichte die alleinige Definitionsmacht für sich beansprucht. Auf diese Weise wird versucht, die Erinnerung an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand vom 10. März 1959 zu verdrängen durch einen neuen verpflichtenden Geschichtsnarrativ.

Dieser lautet kurz zusammengefasst so: Die Volksrepublik China hat vor 50 Jahren unhaltbare gesellschaftliche Zustände beendet, hat Menschen aus feudaler Leibeigenschaft befreit, sie vom Mittelalter in eine lichte Gegenwart katapultiert. Chinas Medien heben die „Befreiung von der Leibeigenschaft“ gar auf einen Stufe mit der Befreiung der afroamerikanischen Sklaven durch Abraham Lincoln während des amerikanischen Bürgerkriegs. Gleichzeitig habe China so das „westliche Schatzkästchen“ Tibet den Klauen der Imperialisten, namentlich der USA und Großbritanniens, entrissen. So sollen es die Kinder in der Schule lernen, so tönt es aus Radios und Fernsehern, so steht es in Zeitungen und Nachrichtenportalen im Internet. Diese Politik ist in mehrfacher Hinsicht problematisch.

1. Eine freie und offene Debatte über die staatlich propagierte „richtige“ Sicht auf die Lage der tibetischen Bevölkerung in den 50er Jahren ist nicht möglich. Mit Hilfe umfassender staatlicher Zensur versucht die chinesische Führung die Medien von abweichenden Meinungen frei zu halten. Widerspruch gegen die offizielle Position kann ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

2. Die staatlich propagierte Geschichtsbild blendet völlig aus, dass die so genannte Befreiung die unmittelbare Vorstufe darstellte zu den grausamen Exzessen der Kulturrevolution, die in Tibet zahllose Opfer forderte und den Verlust unwiederbringlicher Kulturschätze bedeutete.

3. Es besteht kein Zweifel, dass Tibet in den 50er Jahren ein äußerst armes Land war und dass es große Ungerechtigkeiten gab – wie übrigens in weiten Teilen Chinas und Asiens zu dieser Zeit auch. Dennoch besteht auch kein Zweifel, dass Tibet auch ohne chinesische Herrschaft seinen eigenen Weg der Modernisierung gegangen wäre. Durch Reformen, die der damals junge Dalai Lama einleiten wollte und ohne die Tausenden von Toten und Zehntausenden von Flüchtlingen, die die Niederschlagung des tibetischen Volksaufstands gefordert hat.

4. Viele westliche Wissenschaftler widersprechen der offiziellen chinesischen Darstellung eines Systems feudaler Leibeigenschaft in den 50er Jahren. Zwar herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass ein großer Teil der Tibeter tatsächlich als Leibeigene bezeichnet werden konnte. In der Praxis gab es jedoch durchaus größere Autonomie, viele Tibeter konnten sich bei ihren Grundherren freikaufen und hatten die Möglichkeit, sich frei zu bewegen. Manche Historiker ziehen deshalb den Begriff „Pächter mit besonderen Verpflichtungen“, dem des „Leibeigenen“ vor, da sie letzteren als politisch und moralisch zu sehr aufgeladen empfinden.

5. Und schließlich stellt sich die Frage, warum die chinesischen Offiziellen der Frage der Leibeigenschaft überhaupt so viel Gewicht beimessen. Das Völkerrecht verbietet es, ein Nachbarland zu überfallen und zu annektieren, selbst wenn dessen soziales oder politisches System ungerecht sein sollte. Die Antwort dürfte wohl am ehesten im Zusammenhang mit Chinas aktuellen Bestrebungen gesehen werden, sein Image in der Welt mit Hilfe von Milliardeninvestitionen in seine „Kommunikationskapazitäten“ aufzupolieren. Was man auch schlicht als Propaganda bezeichnen kann. ■

HINWEIS

Die International Campaign for Tibet wird aus Anlass des EU-China-Gipfels ein Policy-Paper über die Tibetpolitik der Europäischen Union veröffentlichen. Das Papier wird ab dem 19. Mai auf www.savetibet.de zum Download erhältlich sein. ■



PR-Offensive der chinesischen Regierung – Massive Investitionen in internationale Aktivitäten

„World News“ bald von Xinhua International?

Wenn chinesische Kader durch die Welt reisen und im Hotelfernseher die Weltnachrichten anstellen, landen sie sehr wahrscheinlich bei CNN oder BBC World, inzwischen auch vielleicht beim englischsprachigen Dienst von Al Jazeera. Wenn in diesen Nachrichten dann die Rede auf China kommt, wird den Kadern die Darstellung ihres Landes oft nicht gefallen. Es wird um Menschenrechte gehen, um Tibet, vielleicht müssen sie gar ein Interview mit dem Dalai Lama ertragen oder einen Kommentar, in dem China als „Weltmeister im Hinrichten“ gebrandmarkt wird. Alles Themen und Darstellungen, die beim heimischen Staatsfernsehen CCTV unvorstellbar sind. Besonders schmerzhaft dürfte diese Kluft den chinesischen Medienpolitikern im vergangenen Jahr deutlich geworden sein. Für das Jahr 2008 war eigentlich geplant, aller Welt ein strahlendes Bild der Volksrepublik China zu präsentieren, mit den Olympischen Spielen im August als Höhepunkt. Die Welt sollte staunend anerkennen, wie weit die chinesische Aufholjagd gegenüber dem Westen bereits gediehen war. Doch schon im März wurde klar, dass es anders kommen würde. Die verzweifelten Proteste der Tibeter und deren brutale Unterdrückung gingen um die Welt. Als dann die ohnehin scharf reglementierte Berichterstattung aus Tibet von der Zensur abgewürgt wurde, machte sich der Protest andernorts breit. Der olympische Fackellauf wurde zum PR-Desaster, an vielen Orten glich er eher einem Spießrutenlauf. Und dies waren nur die besonders augenfälligen Beispiele für den Mangel an Kontrolle über die öffentliche Meinung außerhalb Chinas.

China will seine „Soft Power“ ausbauen

Die chinesische Führung hatte diesen Mangel an „Soft Power“ bereits früher registriert. Präsident Hu Jintao benutzte den Begriff in einer viel beachteten Rede im Oktober 2007 und seitdem ist klar, dass in Peking dem Ziel, die eigene „Soft Power“ zu stärken, große Priorität zugewiesen wird. Anders als militärische oder wirtschaftliche „Hard Power“ übt sie keinen unmittelbaren Druck auf andere Staaten aus und bietet so eine sehr subtile Möglichkeit zur Durchsetzung eigener Interessen.

Die neue Politik zeigt sich vorrangig im massiven Ausbau der internationalen Aktivitäten chinesischer Staatsmedien. Die Nachrichtenagentur Xinhua, das Staatsfernsehen CCTV und die englischsprachige Zei-

tung People's Daily samt zugehörigem Internetportal sind dazu auserkoren. Je nach Quelle stehen für das Programm zwischen 6 und 10 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Chinas Staatsfernsehen unterhält jetzt schon neben einem englischen Dienst auch einen in Französisch und Spanisch, weitere Kanäle auf Arabisch und Russisch seien geplant, wie es heißt. Nach dem Vorbild von Al Jazeera soll demnach Xinhua International als weltweit empfangbares Satellitenfernsehen auf Sendung gehen, selbstverständlich in englischer Sprache.

Ob die Strategie so einfach aufgehen wird, ist indes ungewiss. Denn die „Soft Power“ eines Landes und seiner Gesellschaft gründet sich dem amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph S. Nye zufolge auf ihre Anziehungs- und Überzeugungskraft, sie wurzelt in ihrer Legitimität und den ihr zugrunde liegenden Werten. Doch laut der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ belegt China den beschämenden siebtletzten Platz (von insgesamt 173). Zahlreiche Reporter und Internetblogger sitzen im Gefängnis, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen wollten. Ob auf dieser Grundlage attraktives Fernsehen entstehen kann? ■

Weiterführende Links:

- Den Begriff der „Soft Power“ zusammengefasst haben die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unter folgender Adresse: http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2006/Soft_Power.pdf.
- Einen interessanten Artikel des in Hongkong ansässigen Journalisten David Bandurski finden Sie hier: <http://www.theaustralian.news.com.au/story/0,25197,25305405-7583,00.html>.

TIBET BRIEFING

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. [ICT]
12. Mai 2009. International Campaign for Tibet Deutschland;
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.
Redaktion: Kai Müller [V.i.S.d.P.]
© ICT. Gestaltung: Hiltrud Thöne.